

## **Wichtiger Baustein für die Gleichstellung der Minderheiten in Nordfriesland!**

*Dänischer Gesundheitsdienst erhält ab 2027 Zuschuss für  
Schuleingangsuntersuchungen*

Auf der gestrigen Sitzung des Gesundheitsausschusses des Kreises Nordfriesland wurde einstimmig beschlossen, dass der Dänische Gesundheitsdienst ab 2027 einen Zuschuss von jährlich 25.000 Euro bekommt für die Durchführung schulärztlicher Aufgaben für die Schulen der dänischen Minderheit. Bereits seit Ende des Zweiten Weltkriegs kümmert sich der Verein "Dansk Sundhedstjeneste for Sydslesvig e.V." um Gesundheitsdienstleistungen für die dänische Minderheit. Schon seit den 1950er Jahren gehört dazu auch der Schulgesundheitsdienst, der unter anderem schulärztliche Aufgaben und Aufgaben im Bereich der Jugendzahnpflege wahrnimmt. Bisher hatte "Dansk Sundhedstjeneste for Sydslesvig" diese staatliche Aufgabe erfüllt, ohne dass es dafür eine gesetzliche Regelung oder eine konkrete Vereinbarung gibt. Dabei handelt es sich um pflichtige Aufgaben – hier insbesondere der dann zusätzlichen Schuleingangsuntersuchungen – die sonst mit dem derzeitigen Personal des Gesundheitsamtes in Nordfriesland nicht zu bewältigen wäre.

Der gesundheitspolitische Sprecher der SSW-Kreistagsfraktion, Jörn Fischer, freut sich und sagt: „Dies ist ein Anliegen, das der SSW schon seit Jahren verfolgt hat, weil es ungerecht ist, dass der dänische Gesundheitsdienst staatliche Aufgaben übernimmt, ohne dafür eine Bezahlung zu bekommen. Wir danken der Verwaltung, dass sie jetzt die Initiative übernommen hat und mit dieser Vorlage das Thema selbst auf Tagesordnung gesetzt hat. Vielen Dank auch an die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, die diese Initiative unterstützt haben.“

Der Vorsitzende der SSW-Kreistagsfraktion, Lukas Knöfler, weist auf die

minderheitenpolitische Bedeutung dieser Entscheidung hin: „Wir begrüßen den Beschluss des Gesundheitsausschusses, weil damit ein weiterer wichtiger Baustein für die finanzielle Gleichstellung der dänischen und friesischen Minderheit mit der Mehrheitsbevölkerung in Nordfriesland gesetzt wird. Ich bin zuversichtlich, dass der Finanzausschuss und der Kreistag diesen Beschluss bestätigen werden, da alle Fraktionen und die Verwaltung dahinterstehen.“